

BEITRAG VON FRAU MINISTER BIRGIT B R E U E L FÜR DAS KANDIDATEN-  
SEMINAR AM 15-01-82 IN HANNOVER

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat seit Mitte 1980 wieder zugenommen. Auch in Niedersachsen steigt seitdem die Zahl der Arbeitslosen neu an. Wie in allen wirtschaftlichen Schwächeperioden zuvor, schlägt das Pendel auch dieses Mal in Niedersachsen wieder etwas stärker als im Bundesdurchschnitt aus.

Die anhaltende Talfahrt der deutschen Wirtschaft kann nicht allein mit außenwirtschaftlichen Faktoren begründet werden, die Verantwortung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten trägt vielmehr in erster Linie der Bund. Sie sind von einem Bundesland allein kaum zu beeinflussen. Leistungshemmende, vertrauensschädliche und bürokratische Aktivitäten der Bundesregierung in der Konjunktur-, Steuer- und Ausgabenpolitik haben das Investitionsklima so weit abgekühlt, daß immer mehr Arbeitsplätze in Gefahr und zu wenig neue geschaffen werden.

Unabhängig davon bemüht sich die Niedersächsische Landesregierung, die strukturelle Schwäche des Landes weiter abzubauen. Sowohl zum Erhalt und der Stärkung ansässiger Betriebe als auch zur Heranziehung neuer Unternehmen ergreift die Niedersächsische Landesregierung vor allem Maßnahmen, die die Attraktivität der wirtschaftlichen Zentren sichern, die natürlichen Standortvorteile, z. B. an der Küste, verbessern und die Chancen für erfolgreiches Wirtschaften in Niedersachsen erhöhen.

Damit packt die Niedersächsische Landesregierung lebensnotwendige Aufgaben unseres Landes an. Wir wissen, daß die Lösung dieser Aufgaben heute angesichts knapperer Mittel und eines geringeren Wachstums um ein Vielfaches schwieriger und langwieriger ist. Aber wir werden sie lösen: durch eine Konzentration der Mittel auf das Wesentliche, wie wir es z. B. mit der Neufassung des Fremdenverkehrs- oder des Hafenkonzeptes getan haben. Während in der Vergangenheit Förderstandorte des Fremdenverkehrs von der Regierung festgelegt wurden, können die Gemeinden heute selbst beeinflussen und ermitteln, ob sie die Voraussetzungen für eine öffentliche Förderung erfüllen. Außerdem werden benachbarte Gemeinden durch das neue Konzept angehalten, ihre Maßnahmen zu koordinieren, um Fehlinvestitionen zu vermeiden und im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden auch die Folgekosten in Grenzen zu halten. In den Häfen soll die staatliche

Wirtschaftstätigkeit abgebaut und die private Initiative - insbesondere bei den Umschlaggeräten - stärker zur Geltung gebracht werden.

Wichtig für unser Land ist vor allem eine langfristig angelegte Politik, die für die Wirtschaft unseres Landes "kalkulierbar" ist. Der notwendige Strukturwandel ist zwar in erster Linie eine Aufgabe der Wirtschaft selbst. Aber wir sind verpflichtet, durch eine verlässliche Politik das Vertrauen in der Wirtschaft zu bilden, das für zusätzliche Investitionen und neue Arbeitsplätze unerlässlich ist. Dazu gehört auch, daß ein Übermaß an staatlicher Tätigkeit zurückgedrängt und das Problembewußtsein gegenüber staatlicher Bevormundung geschärft wird.

Privatisierung staatlicher Tätigkeiten ist angesichts knapper Haushaltsmittel auch ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte - vor allem aber eine Forderung, die das System der Sozialen Marktwirtschaft an uns stellt. Die Übertragung der Naßbaggerei im Emdener Hafen auf private Unternehmer sowie die konkreten Schritte zur stärkeren Beauftragung Privater im Bereich der amtlichen Materialprüfung und die Einschaltung freier Ingenieure und Architekten in die Planung des Straßen- und des Hochbaus sind unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Auch daß wir uns inzwischen von rund 25 % der Landesbeteiligungen getrennt haben, sei hier erwähnt. Damit arbeitet die Niedersächsische Landesregierung einer Tendenz entgegen, die leider in den letzten Jahren vorgeherrscht hat, indem immer mehr Leistungen aus dem marktwirtschaftlichen in den administrativen Bereich überführt und so die anspornenden Kräfte des Wettbewerbs geschwächt und die persönliche Verantwortung und Leistungsbereitschaft des einzelnen ausgehöhlt wurden.

Eine gleichrangige Bedeutung haben die Entbürokratisierung und die Vereinfachung von Vorschriften im staatlichen Bereich. Wenn immer wieder von "Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft" gesprochen wird, so gehören Erleichterungen auf diesen Gebieten in vorderster Reihe dazu. Im Wirtschaftsministerium mußten 1980 zwar 81 Erlasse neu gefertigt werden, gleichzeitig wurden aber 231 gestrichen, so daß das Erlaßdickicht, das insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen zu schaffen macht, um 150 Vorschriften gelichtet werden konnte. Bereits 1979 waren ebenfalls rund 240 Erlasse dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Auch die Zahl der arbeitsaufwendigen und damit kostenträchtigen Statistiken, die Handel und Gewerbe in so großer Fülle abgefordert werden, wollen wir reduzieren. Wir haben dazu Vorschläge erarbeitet, die zur Zeit in Bonn geprüft werden. Deren Umsetzung würde eine Arbeitserleichterung in den Betrieben bis zu 25 % bedeuten - in mittelständischen Unternehmen sogar noch mehr.

Nach wie vor helfen wir mit Bürgschaften in Not geratenen Betrieben und sichern damit gefährdete Arbeitsplätze. Aber wir begeben uns nicht in Bürgschaftsabenteuer, sondern wir leisten mit diesem Instrument Hilfe zur Selbsthilfe. Es ist finanziell nicht zu verantworten und ökonomisch nicht zu rechtfertigen und im übrigen langfristig zum Scheitern verurteilt, kranke Betriebe mit Hilfe von Bürgschaften über Wasser zu halten. Deshalb erwarten wir vor einer Bürgschaftszusage ein schlüssiges Sanierungskonzept und daß sich Eigner und andere private Geldgeber des Unternehmens vorrangig engagieren.

Es bleibt unser Ziel, in Niedersachsen langfristig stabile Bedingungen zu schaffen, die das Risiko unternehmerischen Handelns berechenbar und Investitionen lohnend machen. Denn nur so werden wir neue, dauerhafte Arbeitsplätze bekommen. Dazu gehört vor allem der weitere Ausbau der Infrastruktur.

Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnittene Industrie- und Gewerbegebiete können als langfristig sichere Bedingungen für die unternehmerischen Standortentscheidungen bedeutsamer sein als staatliche Subventionsprogramme, die der politischen Entscheidung unterliegen und deshalb letzten Endes unsicher sind. Aus diesem Grunde haben wir uns z. B. mit Nachdruck und nunmehr auch mit Erfolg für den Bau der Emslandautobahn (A 31) eingesetzt. Und aus dem gleichen Grund wenden wir uns auch ganz entschieden gegen die Pläne der Deutschen Bundesbahn, die Verkehrsbedienung im Zonenrandgebiet "auszudünnen". Zonenrandförderung auf der einen Seite und Abbau des Leistungsangebots der Bahn auf der anderen Seite - das ist wie der Versuch, einen Turm mit dessen eigenen Fundamentsteinen erhöhen zu wollen.

In Niedersachsen braucht kein ansiedlungswilliges Unternehmen zu befürchten, aufgrund eines Informationsmangels eine falsche Standortentscheidung zu treffen. Mit dem in dieser Legislaturperiode aufgebauten Standortinformationssystem sind wir mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung im wahrsten Sinne des Worte "auf Knopfdruck" in der Lage, sämtliche standortrelevanten Daten - von den Festsetzungen im Bebauungsplan bis hin zur Qualifikation der ortsansässigen Arbeitskräfte - für alle wichtigen Industrie- und Gewerbeflächen in Niedersachsen jedem Interessenten verfügbar zu machen. Gleichzeitig wird durch das ebenfalls neu entwickelte Standortvorsorgeprogramm sichergestellt, daß die für Ansiedlungen notwendige wirtschaftliche Infrastruktur langfristig geplant und rechtzeitig - gegebenenfalls mit Hilfe des Landes - errichtet werden kann. Dies hat zu deutlich sichtbaren Ansiedlungserfolgen geführt. Immerhin konnten von Anfang 1976 bis Ende 1980 mit Hilfe des Landesförderprogramms und den Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

im Rahmen von Errichtungen	27 048,
im Rahmen von Erweiterungen	44 554,
mithin zusammen	71 602

Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Hinzu kommen

5 968 zusätzliche Arbeitsplätze,

die aus Mitteln des Darlehensprogramms seit 1977 (bis 1980) gefördert wurden. D. h., mit Hilfe des Landes (und des Bundes, soweit es die GA betrifft) konnte zwischen 1976 und 1980 die Schaffung von zusammen

77 570 zusätzlichen Arbeitsplätzen

unterstützt werden. Insgesamt hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen von Anfang 1976 bis zum Herbst 1980 (zur Zeit letztverfügbare Zahl) um über 186 000 zugenommen, was einer Steigerung um 9,2 % entspricht, während die Zunahme im übrigen Bundesgebiet nur 6,8 % betrug.

Seit langem wird in unserem Land das Süd-Nord-Gefälle im Forschungsbereich beklagt. Auch von der SPD, die es während der Zeit, als sie die Landesregierung stellte, versäumt hat, durch eigene Initiative und Aktivitäten dies zu ändern. Die CDU-Landesregierung hat nicht nur erkannt, daß die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes entscheidend von einer engen Verzahnung zwischen wissenschaftlicher Forschung und betrieblicher Praxis abhängt, sondern sie hat auch gehandelt. Im Rahmen des Niedersächsischen Technologieprogramms fördern wir umfangreiche Kooperations-, Innovations- und Pilotprojekte insbesondere mittelständischer Unternehmen, haben wir mit dem Ausbau der Innovationsberatung in Zusammenarbeit mit den IHK's und dem RKW einen wichtigen Beitrag zum Technologietransfer geleistet und durch die Errichtung eines Erfinderzentrums in Hannover für Tüftler und Bastler die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Verwertung neuer Ideen verbessert. Schließlich werden durch die praxisorientierte Forschung in den inzwischen gegründeten bzw. in Vorbereitung befindlichen Instituten für Fernwärmetechnologie, Kautschuktechnologie und Mikroelektronik schon bald spürbare Impulse für die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Betriebe ausgehen. Wichtig ist, daß diese Institute nach einer Anfangsphase später ohne staatliche Mittel auskommen sollen.

Rund 70 % der Beschäftigten in Niedersachsen haben ihren Arbeitsplatz in mittelständischen Betrieben. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Um ihnen noch schneller und unbürokratischer zu helfen und um noch gezielter als bisher die Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze fördern zu können, haben

wir 1981 die Richtlinien des Landesdarlehensprogramms neu gefaßt. Diese Änderung wird zusammen mit den seit 1977 kräftig aufgestockten Mitteln (1977: 20 Mio. DM, 1982: 121,5 Mio. DM) die Stellung der kleinen und mittleren Unternehmen im Wettbewerb verbessern und auf diese Weise zu einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur unseres Landes beitragen.

Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, so darf es vor allem in einem Bereich keinen Stillstand geben: im Energiebereich. Heute beträgt der Anteil des Stroms aus Kernenergie in Niedersachsen fast 40 %, was erfreulicherweise dazu geführt hat, daß die Strompreise in Niedersachsen weniger stark als in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bremen ansteigen. Wir werden dafür sorgen, daß das auch in Zukunft so bleibt. Von der Verfügbarkeit und der Preiswürdigkeit von Energie wird es abhängen, ob wir den Motor unserer wirtschaftlichen Entwicklung wieder auf höhere Drehzahlen bringen und auf hohen Touren stabilisieren können. Wir haben deshalb ein landeseigenes Energieprogramm erstellt. Darin sind Lösungen für die preiswerte Deckung des wachsenden Energiebedarfs und der Abbau der Ölabhängigkeit aufgezeigt. Zugleich leistet Niedersachsen mit der Errichtung eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente in Gorleben und der Erkundung des Gorlebener Salzstockes auf seine Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle einen enormen Beitrag zur Lösung dringender Energieprobleme in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ein erneuter Antrag auf Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage an uns herangetragen werden sollte, so werden wir ihn aufgeschlossen und gründlich prüfen.

Ab 01-01-82 bis 31-12-82 erheben wir in Niedersachsen einen höheren Förderzins auf Erdgas und Erdöl. Die Entscheidung über diese Anhebung von bisher 22 % auf nunmehr 32 % hat sich die Niedersächsische Landesregierung nicht leicht gemacht. Denn es mußten zwei Ziele in Übereinstimmung gebracht werden. Zum einen sollte der sich aus der Marktentwicklung ergebende Spielraum für eine Erhöhung des Förderzinses voll ausgeschöpft werden, damit Niedersachsen einen angemessenen Ausgleich für den Abbau seiner heimischen Bodenschätze erhält und die dringend notwendige Strukturverbesserung verstärkt fördern kann. Zum anderen war aber in Rechnung zu stellen, daß der einheimische Beitrag zur Erdgasversorgung mit ca. 31 % und zur Ölversorgung mit knapp 5 % gesamtwirtschaftlich ein erhebliches Gewicht hat. Ein Kraftakt hätte niemandem geholfen. Die Landesregierung hat mit ihrer Entscheidung die finanziellen Möglichkeiten voll genutzt, ohne die etwa 10 000 qualifizierten Arbeitsplätze in der einheimischen Erdöl- und Erdgasindustrie und die bis zum Jahr 2000 auf 35 - 40 Mrd. DM zu veranschlagenden Investitionen für die Exploration und Produktion im Inland zu gefährden.

Wir wollen, daß jeder einen Arbeitsplatz in einer zumutbaren Entfernung von seinem Wohnort findet. Und wir wollen auch, daß jeder gern zur Arbeit geht. Arbeitsfreude und Leistungsfähigkeit hängen eng miteinander zusammen. Wir wollen das eine und wir brauchen das andere. Um es zu erreichen, müssen wir unter anderem (aber nicht zuletzt) dafür sorgen, daß die Menschen ein Mehr an Freiheit bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit erhalten. Mit mehr Teilzeitarbeitsplätzen und mehr Teilzeitarbeit in der Form des Job-sharings kann dazu ein wichtiger Beitrag geleistet werden. In einem vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten ist überzeugend nachgewiesen worden, daß Arbeitsplätze in erheblichem Umfang (bis zu 20 %) teilbar sind, und es weder schwerwiegende organisatorische Gründe noch wirtschaftlich nachteilige Folgen bei der Teilung solcher Arbeitsplätze gibt. Teilzeitarbeit ist keine Beschäftigung zweiter Ordnung, sondern sie bedeutet ein zusätzliches Stück individueller Freiheit und damit einen gesellschaftspolitischen Fortschritt für viele Männer und Frauen. Wir haben im Wirtschaftsministerium Anfang 1982 mit einem Modellversuch Job-sharing begonnen, um im eigenen Hause Erfahrungen mit dieser neuen Form der partnerschaftlichen Teilzeitarbeit zu gewinnen. Nicht zuletzt kann ein fühlbarer Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden, wenn ein vielfach gewünschter Übergang von Vollzeitarbeit auf Teilzeitarbeit in höherem Maße als bisher möglich gemacht wird. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist unser Ziel, daran mitzuwirken, dazu rufe ich alle Verantwortlichen auf.